

Frage, die Bonner Regierung entschied sich gegen das Volk. Das demokratische Votum der Volksbefragung brachte den Nachweis, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die einzig rechtmäßige und demokratische Regierung des deutschen Volkes ist.

In dieser Zeit wandte sich auch der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, an den Präsidenten Frankreichs, René Coty. Genosse Pieck versicherte dem Präsidenten Frankreichs, daß die Regierung der DDR niemals solche Verträge wie die EVG und den Generalvertrag, deren Ziele sich auch gegen die Souveränität Frankreichs richten, anerkennen wird. Genosse Pieck versicherte dem Präsidenten Frankreichs, daß die Regierung der DDR alles tun wird, um den westdeutschen Militaristen jeden politischen Druck auf Frankreich und einen neuen Revanchekrieg unmöglich zu machen.

Das Zentralkomitee wandte sich in einem Schreiben an die Labour Party in England und legte dar, daß der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands auch den Interessen der englischen Nation entspricht. Gleichzeitig lud das Zentralkomitee eine Delegation der Labour Party zum Besuch der Deutschen Demokratischen Republik ein.

In Durchführung der Parteilinie nahm die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an einer Beratung der Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der ČSR, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien im Dezember 1954 in Moskau teil und Unterzeichnete mit diesen Regierungen eine gemeinsame Erklärung. In dieser Erklärung wurde auf die Gefahr hingewiesen, die mit der Remilitarisierung in Westdeutschland für alle Völker Europas verbunden ist, und gesagt: „Unter diesen Umständen halten es die Regierungen der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz für notwendig, die Aufmerksamkeit aller europäischen Staaten darauf zu lenken, daß die Verwirklichung der Pariser Abkommen zu einer ernsten Verschlechterung der internationalen Lage in Europa führen wird. Die Verwirklichung dieser Abkommen legt nicht nur der Lösung der Deutschlandfrage, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates neue, noch größere Hindernisse in den Weg, sie stellt auch einen Teil Deutschlands dem anderen Teil gegenüber, da sie Westdeutschland zu einem gefährlichen Herd eines neuen Krieges in Europa macht.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Neues Deutschland vom 3. Dezember 1954.